

Ein halbes Jahr nach der Regierungsbildung zeichnet sich ab: Die Politik der Großen Koalition ist kein einfaches „weiter so“. Sie zielt auf eine bescheidene Re-Regulierung, die sich auf wenige gesellschaftliche Teilbereiche bezieht. Gleichzeitig bleiben grundlegende Widersprüche und soziale wie ökologische Probleme werden nicht angegangen.

Der Mindestlohn bedeutet: Die schlimmsten Auswüchse des Niedriglohnssektors werden reguliert, gleichzeitig wird ein großes Segment niedriger und um die Armutsgrenze liegender Löhne stabilisiert. Der Niedriglohnsektor wird nicht in Frage gestellt (die Niedriglohngrenze lag 2013 bei 9,53 Euro). Die geplanten Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Saisonkräfte, Praktikant\_innen sprechen nicht für einen ausreichenden Willen zur Regulierung. Die Rente mit 63 (plus x Monate) für eine Übergangszeit von fünf Jahren zielt auf überwiegend männliche Kernbelegschaften. In Kauf genommen wird: die Absenkung des Rentenniveaus, die Erhöhung des Renteneintrittsalter und Altersarmut bis weit in die „mittleren Einkommensgruppen“.

Die Prekarisierung der Arbeit – unbefristete Arbeitsverträgen, strukturelle Unterbeschäftigung der einen, strukturelle Überlastung der anderen, Leiharbeit und Werkverträge, (Schein- und Solo-)Selbständigkeit – ist als Bestandteil des Produktionsmodells verfestigt - auch in der Industriearbeit. Stress ist eine grundlegende Arbeits- und Alltags-Erfahrung.

„Normal“ ist bei den Beschäftigungsverhältnissen schon längst Arbeitsverdichtung und Überstunden auf der einen, strukturelle Unterbeschäftigung, Niedriglohn und Aufstockung über die Arbeitsagentur auf der anderen Seite. Dem Blick auf die industriellen Fertigungskerne entgeht leicht, wie weit die Arbeitsbedingungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, in Krankenhäusern und Kitas, im Reinigungsgewerbe oder im Einzelhandel erodiert sind. Hier wird „Normalität“ definiert: Weit mehr Menschen sind in diesen Sektoren beschäftigt. Ihre Arbeitsbedingungen sind eng mit der Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit der Lebensqualität eines großen Teils der Bevölkerung verbunden.

Hier zeigen sich eklatante Versäumnisse der Großen Koalition: die Unterfinanzierung des Öffentlichen, die Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Verfall der öffentlichen Infrastruktur. Mit dem Einsetzen der Schuldenbremse und weil die Regierung auf stärkere Besteuerung von wirklich hohen Einkommen und Vermögen sowie höhere Körperschaftsätze verzichtet, hat sie sich und die Länder und Kommunen aller Möglichkeiten für eine Neujustierung beraubt. Im Gegenteil: der Druck auf die öffentliche Hand nimmt zu, weitere Privatisierungen vorzunehmen, verschärft durch die Freihandelsabkommen TTIP, in diesem Zusammenhang v.a. TISA. Der Druck wird zu spüren sein bei der Personalbemessung wie bei den Löhnen, bei mangelnden Investitionen wie bei der Qualität der Versorgung.

Es zeichnet sich ein Konfliktfeld ab, das für DIE LINKE von großer Bedeutung ist. Die Themen der Ent-Prekarisierung von Arbeit und Leben, der Stärkung des Öffentlichen – der Öffentlichen Daseinsvorsorge, des Öffentlichen Eigentums und der Öffentliche Investitionen –, Fragen von gerechter Verteilung können verbunden, die Orientierung am Bedarf der Bevölkerung gegen die Orientierung auf Wettbewerb und Profit ins Feld geführt werden. Wir verstehen das auch als Beitrag zur Stärkung einer gelebten Demokratie.

Der sozialen dauerhaften Ausgrenzung der Erwerbslosen, die Abkopplung der Menschen an der Armutsgrenze folgt die politische und demokratische Ausgrenzung: Je ärmer die Menschen sind, desto weniger nehmen sie an Wahlen teil. Das untere Fünftel der Bevölkerung nimmt in realistischer Auswertung der Politik der großen Parteien immer weniger an Wahlen teil. Das findet seine Entsprechung darin, dass die anderen Parteien die Interessen dieser Menschen systematisch ignorieren. Wir werden uns als LINKE niemals damit abfinden, dass diese Menschen dauerhaft von sozialer und politischer Teilhabe ausgeschlossen werden.

In der Außenpolitik wirbt Schwarz-Rot für ein „Ende der Zurückhaltung“. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mitteln wird offener vertreten. In der internationalen und Europapolitik werden notwendige Korrekturen nicht vorgenommen. Die Exportstrategie in Deutschland und der Kurs von Austerität und Freihandelspolitik in Europa verschärft soziale Ungleichheit und erzwungene Migration. Durch TTIP und die damit verbundenen Abkommen (z.B. Tisa, das die Rückführung privatisierten Eigentums in die öffentliche Hand ausschließen möchte) würden Handlungsmöglichkeiten für linke Politik verschlossen.

Die Ansätze zu einer bescheidenen Energiewende werden von Schwarz-Rot einkassiert, eine ernsthafte sozial-ökologische Transformation ist nicht in Sicht. Eine Strategie zur Konversion von umweltschädlichen Industrien, Konzepte von sozial und ökologisch verträglichen Formen von Mobilität – auf diesen Feldern ist von der Regierung nichts zu erwarten.

Die Veränderungen in der Politik der SPD (und auch die CDU) zielen darauf, Teile ihre Kernwählerinnen und Kernwähler zu binden, ohne an grundlegende Veränderungen der politischen Ausrichtung vorzunehmen – durchaus erfolgreich. Die Agenda-Politik hat tiefe Spaltungen produziert, die weiter wirksam sind: Die SPD versucht eine Hinwendung zu den Gewerkschaften, aber sie tastet die Spaltung der Beschäftigten nicht grundsätzlich an. Sie nimmt nicht den Druck ins Visier, der von der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse auf das so genannte Normalarbeitsverhältnis ausgeübt wird. DIE LINKE wird diese Widersprüche in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz stellen. Wir tun das deutlich, aber so, dass es gelingen kann, Menschen bei der politischen Konkurrenz anzusprechen, die für einen anderen Kurs zu gewinnen wären.

## **Opposition der Einladung und der Vernetzung**

Die schwarz-rote Koalition und die Öffnung der SPD für zukünftige Koalitionen sind für uns kein Grund, Abstriche von unserem Profil zu machen, sondern im Gegenteil dieses zu stärken. Die Perspektive auf eine Zusammenarbeit mit SPD und / oder Grüne ist für uns als Teil eines grundlegenden Politikwechsels interessant, nicht jedoch als Programm des kleinsten gemeinsamen Nenners. Diskussionen um zukünftige mögliche Zusammenarbeit sind für uns vor allem wichtig um *unsere* Inhalte und Ansprüche an einen Politikwechsel zu benennen und sie zu konkretisieren. Ob und wie die Perspektiven für einen Politikwechsel aussehen, das steht im Vordergrund unserer Bemühungen, nicht arithmetische Fragen möglicher Regierungskoalitionen. Unsere Politik richtet sich darauf, eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung zu schaffen. Nur mit einer Vernetzung und Verbindung einer gesellschaftlichen Gegenkraft kann es gelingen, den notwendigen Druck für einen solchen gesellschaftlichen Politikwechsel zu entfalten; dafür ist es zentral, die gesellschaftliche Stimmung und die außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse zu verschieben.

DIE LINKE formuliert eine starke Opposition. Diese zeigt sich vor allem in dem, was sie tut, nicht so sehr in der Rolle, die sich für sich beansprucht. Die Leitlinien sind: Es geht anders, wir formulieren machbare Alternativen. Dafür wird es in der kommenden Legislatur besonders wichtig sein, konkrete Projekte und Konzepte zu entwickeln, die solche Alternativen greifbar machen. Wir schaffen immer Kristallisationspunkte, an denen wir unsere Positionen verdeutlichen und plakativ und aktiv auftreten. Hier sind ggf. Einzelforderungen nach vorne zu stellen, die exemplarisch Diskurse öffnen und Wahrnehmungen verschieben können.

Und: Eine gerechte Gesellschaft ist nicht nur eine Frage von vielen Einzelmaßnahmen. Wir formulieren grundsätzliche Alternativen. Hieraus ergeben sich auch Anforderungen an die fachpolitische Arbeit, ganz besonders in unseren Kernthemen: Welches können die jeweiligen Projekte und einzelnen Schritte sein, wo können wir neue Ideen einbringen und weiterentwickeln, wo können wir die Debatte treiben – das wird Gegenstand gemeinsamer Diskussionen und Arbeit von Fraktion und Partei in der nächsten Legislatur sein.

Auch DIE LINKE muss ihre Verankerung in der Gesellschaft und ihre sozialen Basis stärken. Dabei schaffen wir Verbindungen von Erwerbslosen, Prekären in unterschiedlichen Bereichen, auch Solo-Selbständige im kreativen, wissenschaftlichen und handwerklichen Bereich, zur gesellschaftlichen „Mitte“. Im Vordergrund stehen dabei Beschäftigtengruppen, die von ihrer sozialen Situation her eine „Brücke“ zu den Prekären und dem Niedriglohn bilden können: Beschäftigte in den öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, viele von ihnen sind Frauen im Gesundheitswesen, in der Kinderbetreuung, Erziehung, Pflege, im Reinigungsgewerbe und Einzelhandel.